

Der Gießener Anzeiger
erscheint täglich, außer
Sonntagen, - Feiertagen
Gießener Familienblätter,
Kreistag
für den Kreis Gießen.
Bezugspreis:
monatlich M. 1.20, viertel-
jährlich M. 3.00; durch
Abholer u. Briefstellen
monatlich M. 1.10; durch
die Post M. 3.60 viertel-
jährlich ausl. Beistell.
Kreistag u. Kreistag:
für die Kreistagung 12
Verlag, Geschäftsstelle:
Anzeiger für Erbkund-
rätener Anzeiger Gießen.

Gießener Anzeiger

General-Anzeiger für Oberhessen

Postkasson:
Stuttg. a. M. 11686

Verantwortl.
Gemeindef. Gießen

Swillinggrunddruck u. Verlag: Brühl'sche Univ.-Buch- u. Steindruckerei R. Lange. Schriftleitung, Geschäftsstelle u. Druckerei: Schulstr. 7.

Annahme von Anzeigen
in der Tagesnummer bis
zum Nachmittags vorher
ohne jede Verbindlichkeit
Zeilenpreis:
für 6 Zeilen 1 Anzeiger
25 Pf., für auswärts 30 Pf., für Reklamen
M. 1.-; bei Voraus-
zahlung 20 % Rabatt.
Anzeigenleiter: H. H.
80 Pf. Bekanntmachung
für Politik u. Religion:
M. 1.00; Stadt und
Land, Berufsleute u.
Verwaltung: M. 1.00;
Anzeigenleiter: H. H.;
sämtlich in Gießen.

Museinwanderungen über die Ukraine in Brest-Litowsk.

Wochenrückblick.

In die Spitze aller Betrachtungen darf man die Wahrnehmung stellen, daß die gesamte Entente, einschließlich der maximalistischen Regierung der Mittelmächte, die Revolutionierung der Mittelmächte gründet. Die Wahrheit von der Streikbewegung in Deutschland wurde in England auf Erklärungen bedrückt mit der folgenden Überlieferung: „Der Zusammenbruch der Mittelmächte“. Dazu reist die „Post“ mit, anfangs. Mit amerikanischen Geldern wurden geeignete neutrale und „deutsche“ Personen angeworben, die willens sind, in Deutschland den herrschenden Regierungsgegnern zu trotzen. Propagandadrucke sollen über die Grenze geschmuggelt werden. Man versteht es jetzt besser als vorher, warum Wilson den Maximalisten so freundlich und warum er es verheißt, daß die Beziehungen zwischen der Entente und den herrschenden Gezeiten in Petersburg allzu gespannt wurden. Sie haben dasselbe Ziel und verfolgen dieselbe Taktik. Unsere Regierung wird sich sehr zu fragen haben, ob sie an der Erhaltung der russischen Kolonialverträge in Brest-Litowsk noch ein großes Interesse hat, falls sich herausstellt, daß Herr Trotski es auf weitere Verschärfungen abgesehen hat. Trotz aller Bemühungen unserer Freunde, trotz der sich mehrenden Ansichten, daß es freiwillige Anstrengungen des bolschewistischen Basiss bei uns bereitet gibt, möchten wir glauben, daß die Hoffnungen auf die Revolutionierung der Mittelmächte aufzuheben werden. Wer möchte denn, wenn er nicht Engländer oder Amerikaner ist, solche Aufstände in unser Land überführen, wie sie jetzt in ehemaligen Zarereiche herrschen? Wäre dort etwa die Kultur in besonders vielversprechenden Gebieten, und ist es nicht vielmehr dort mit Dämonen zu greifen, daß die harte Spitze der Revolution sehr schlecht zu tunen ist und „sein Wenig“ den alten Gemeinleut verbannt? Trotski und Lenin haben an der großen Zerkleinerung des Reichs reichlich gesündigt. Mit der ukrainischen Sozialdemokratie in Kiev streiten sie, aus welchem Zweck gegessen werden soll. Den Stuhl des räumlichen Diktators haben sie umgestoßen, und gegen die sich absondernden Jünger führen sie mit Pfeilen und Gabeln los. Und haben sie den inneren Frieden etwa gestiftet? Wo blieb das Selbstbestimmungsrecht für das eigene Land? Schamlose Gewalt herrschaft erwidert die Opposition in Serbien von Wlad Trotski soll selbst geführt haben; entweder werden wir Europa revolutionieren, oder wir werden untergehen. Also an einen neuen Ausgleichsversuch denkt er nicht. Was er mit der vorzeitigen Räumung der von uns besetzten Gebiete will, das hat er in Finnland und der Ukraine praktisch geübt. Aus Finnland zieht er die russischen Soldaten erst dann zurück, wenn die Herrschaft der Maximalisten sicher steht. So um das das finnische Schutzkorps unter General Rammersheim nicht einen Schritt durch die Räumung machen wird, bleibt allerdings abzuwarten. Der Ukraine läßt er das Selbstbestimmungsrecht erst, wenn die Arbeiter, Soldaten und Bauern dort das Heft ganz in der Hand haben. Ob seine Mittelungen, die er am Mittwoch in Brest-Litowsk gemacht hat, wonach in Kiev sich eine Umwälzung zugunsten der Maximalisten vollzogen habe, wahr und richtig ist, müssen wir abwarten. Die praktischen Erfahrungen beweisen aber, wie richtig der deutsche Standpunkt ist, daß an die Räumung der von uns eroberten Gebiete nicht gedacht werden darf, bevor der Friede geschlossen ist. Wir wollen in den Grenzländern keine Selbstbestimmung nach der Freiheitmethode, die Herr Trotski meint.

Die „Bolschewistische Zeitung“ meint, aus der Streikbewegung in Deutschland sei „alles eher herausgekommen, als eine inoffizielle Demonstration eines politischen zielstrebigem Willens“. Eher habe man den Entbruch gehabt, eines Wiedererlebens jener weltarmonteduligen Schwärmerei der deutschen Kleinbürger der Vormärzzeit, die sich für das freie Selbstbestimmungsrecht der Griechen und Polen erhitzen, ohne sich mit den Vätern des eigenen Landes ernsthaft zu befassen“. Das mag zum Teil richtig sein; im allgemeinen aber sind die Maximalisten, hinter denen die Leute Jaures, Lebebourg und Dittmanns stehen, doch weit stärker zu beurteilen. Denn wir stehen in einer Zeit, wo die Gezeiten gepulst sind und der Vaterlandsbewusstsein nicht mit feindlicherischer Schwärmerei entzündet werden darf. Er kann auch damit nicht gerechtfertigt werden, daß man ihn als Gegenbewegung gegen übermäßige Agitation der Deutschen betrachtet. Der „Vorwärts“ hat zugegeben, daß dieser Demonstrationstakt allerdings verwerflich wäre, wenn hinter ihm nicht die Meinung einer überwiegenden Volksmehrheit stünde. Das war recht unvorsichtig von dem Blatt Scheidemann. Auch wenn man der Sozialdemokratie nicht den Gefallen tut, den Maximalisten einzubringen, um weitere Gegenstände zum offenen Eintritt für die bolschewistischen Ziele zu geben, kann man schon nachweisen, wie es um die „Volksbewegung“ der Streikenden bestellt ist. Die christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaften haben die Bewegung energig und „unabweislich“ abgewiesen, die fortschrittliche Volkspartei ist in einer Erklärung von der sozialdemokratischen Taktik weit abgerückt, und die „Germania“, das Blatt des Zentrums und Erbkergers, weist sehr scharf die Annahme zurück, als stünde etwa die Reichstagsmehrheit hinter diesen Arbeitsbestimmungen und ihren Tendenzen. So hat denn auch die Partei Scheidemann einen merkwürdigen Stützpunkt angetroffen. Es wird mitgeteilt, der Parteiausschuß

habe lediglich seine Sympathie mit den innerpolitischen Forderungen der Unabhängigen ausgesprochen. Das ist freilich eine durchaus hinlängliche Abweisung der Mitverantwortung für das freie Spiel mit den Reichsinteressen. In einem parteiamtlichen Brief der „Internationalen Korrespondenz“ wurde eingehend berichtet, die Parteileitung hätten erst auf die ausländische Auforderung streikender Parteigenossen aus Solidaritätsgefühl für die Arbeiterklasse mitberaten, wie der Ausbruch eines glücklichen Ende geführt werden könne. Hätte man sich von der Bewegung ganz ferngehalten oder abgewartet, so wäre das Ansehen der Arbeiterpartei geschädigt worden. Abgesehen davon, daß hier überblüht die allen voranziehenden reinen Klasseninteressen hervorgehoben werden, geht aus dieser Begründung hervor, daß die sozialdemokratische Parteileitung eben nicht den Mut und Willen zur Wahrheit und Offenheit gehabt hat. Das Arbeiterinteresse wäre durch aus nicht geschädigt worden, wenn die „unabhängigen Sozialdemokraten“ in ihrer Parteirede allein gelassen worden wären. Man hätte eben ganz unbedenklich nach dem Grundgesetz: Parteinteresse geht über Reichsinteresse. Auch dieser Fall beweist wieder, wo die wahren Klasseninteressen stehen. Die Entente wird in ihrer Parteileitung bestärkt, und der Friede, den die Erfolge unserer Waffen haben heranreifen lassen, wird von den Utopisten des Zukunftsstaates in die Ferne gerückt.

(SWP.) Großes Hauptquartier, 1. Februar. (Ankündigung.)

Westlicher Kriegsschauplatz.
Unsere Erkundungsabteilungen brachten aus den englischen Stellungen in Flandern Gefangene und Maschinengewehre zurück.

Bei diesem Rebell blieb die Generalität in der ganzen Front gering.

Italienische Front.
Auf der Donaufront von Sigmund lebhaften Artillerieangriffen. Vom Monte di Bal Vella und bei der Mündung des Isarco die Italiener viermal starke Kräfte zu neuen Angriffen ein. Sie brachen jedesmal im Feuer vor den österreichisch-ungarischen Stellungen zusammen.

Auf den anderen Kriegsschauplätzen nichts Neues.
Der Erste Generalquartiermeister
Ludendorff.

Der Abendbericht.
Berlin, 1. Febr., abends. (SWP. Ankündigung.)
Von den Kriegsschauplätzen nichts Neues.

Die Weiterverhandlungen in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 31. Jan. (SWP. Ankündigung.) Heute wurde unter dem Vorsitz des Ministers des Äußeren Grafen Czernin eine Sitzung der deutsch-österreichisch-ungarisch-russischen Kommission zur Regelung der politischen und territorialen Fragen abgehalten. Vor Eintritt in die Tagesordnung gab Herr Trotski eine Erklärung ab, in der er darauf hinwies, daß die heute in seine Hände gelangten deutschen Mäler ein anschauliches Bild von der Petersburger Telegrammen-Agentur hervorbrachten. Er teilte mit, welches, wenn ihm Mäler geschickt werde, auf den Gang der Verhandlungen in schmerzlicher Weise einwirken könne. Darin werde der Selbsthaß eines Mannes aufgedeckt, welche er vor dem dritten Anzuge der Arbeiter, Soldaten und Bauernbewegungen in Petersburg gehalten habe. Er habe tatsächlich der einen Verleumdung über den Gang der Friedensverhandlungen in Brest-Litowsk erzählt und habe seinen persönlichen Standpunkt und den Standpunkt der Delegation und seiner Regierung zum Ausdruck gebracht. Nach dem Telegramm hätte er angeblich gesagt, die russische Delegation würde keinen Sonderfrieden abschließen. Diese Nachricht ist erwidert und heute ganz das Gegenteil von dem dar, was er gesagt habe.

Die Vorsitzenden der österreichisch-ungarischen und der deutschen Delegation erklärten, sie würden den Lösung der tragischen Weltlage schaffen lassen, worauf in die Tagesordnung eingetragen wurde.
Graf Czernin wies darauf hin, daß die Kommission bisher die Frage der Gebiete behauptet habe, welche von den österreichisch-ungarischen Truppen besetzt seien. Er schlug vor, nunmehr zu verhandeln, eine gewisse Klarheit über das Gebiet zu schaffen, das von österreichisch-ungarischen Truppen besetzt sei. Vor Eintritt in die Einzelheiten dieser Frage möchte er bemerken, daß die Herren der ukrainischen Delegation auf dem Standpunkt ständen, sie hätten allein und selbständig über diese Fragen zu verhandeln und zu beschließen. Er bitte daher den Vorsitzenden der russischen Delegation, seinen Standpunkt in der Zukunftsfrage darzulegen. Herr Trotski erwiderte, er erhebe im Namen seiner Delegation und der russischen Regierung mit allen Nachdruck Einspruch dagegen, daß sich die Delegation der Wiener Räte auf den Standpunkt stelle, sie hätten territoriale Fragen einzeln und selbständig lösen. Seine Absicht werde heute noch nicht unterbrochen durch die Teilnahme von zwei Vertretern des Exekutivkomitees der ukrainischen Republik im Verbands der russischen Delegation. Dies sei die normale Seite der Frage. Was die materielle Seite betreffe, so sei er der Ansicht, auf Grund verschiedener Nachrichten, insbesondere auf Grund eines Telegramms, welches er eben erhalten habe, daß die Frage einer Teilnahme der Delegation der Wiener Räte an den weiteren Verhandlungen mehr als eine Frage der Benachteiligung ansehe, denn als eine Frage der Gegenwart und Zukunft.

Der Minister des Äußeren Graf Czernin führte hierauf aus: „Ich glaube, daß in diesen Aufnahmen zwischen den Herren der ukrainischen und der Petersburger Delegation ein entscheidendes Misverständnis besteht. Die Herren der russischen Delegation werden mir gewiß recht geben, wenn ich sage, daß es notwendig ist, diese Frage klarzustellen. Ich würde daher vorschlagen, daß wir bald-

möglichst eine Vollziehung abhalten, wo diese in erster Linie zwischen den Regierungen von Petersburg und Kiev zu entscheidende Frage verknüpft wird. Ich möchte nur zu meiner Erklärung um eine Mitteilung bitten. Wenn ich mich erinnere, in den ersten Stunden die Frage der territorialen Konzentrationen zwischen Petersburg und Kiev behauptet worden ist, so habe ich das so aufgeführt, daß es sich um die Grenze handele, die die Ukraine und das von Petersburg aus dem russischen Reich trennen würde; ich habe aber nicht verstanden, daß die Grenzen der Ukraine gegenüber Polen der Gegenstand besonderer Verhandlungen mit Petersburg sein müßten. Die Frage, die ich mir zu stellen erlaube, geht also dahin, ob der Standpunkt des Herrn Vorsitzenden der russischen Delegation sich damit zusammenstellen läßt, daß die Ukraine über Angelegenheiten des selbständigen ukrainischen Staats, insbesondere über dessen Grenzen überhaupt nicht allein entscheiden kann.

Herr Trotski entgegnete, es sei selbstverständlich, daß, wenn die Ukraine als vollständig freie und von Russland unabhängige Republik bestünde und weiter bestehen würde, sie nach der erfolgten Abgrenzung alle Fragen ihres staatlichen Seins, also auch territoriale Fragen selbständig würde lösen können, aber die ukrainische Regierung, welche im Verbands der russischen Delegation vertreten sei, habe auf dem Standpunkt, daß die Ukraine einen Teil der ukrainischen Republik ausbilden läßt, und deshalb sei es notwendig, daß diese Entscheidung erfolge auf der gegenseitigen territorialen Grundlage, ausgehend von dem Beschluß, die russische Republik federativ aufzubauen.

Auf Ersuchen des Staatssekretärs von Czernin gab hierauf Herr Trotski den Inhalt des von ihm erwähnten Telegramms bekannt, wonach der entscheidende Teil der Wiener Garnison zur ukrainischen Sowjet-Regierung übergegangen ist und die weitere Existenz der Räte nur noch nach ganz kurzen Zeitabschnitten zu bemessen sein soll. Auf Anregung des Vorsitzenden wurde darauf beschlossen, die Zukunftsfrage der ukrainischen Delegation für territoriale Fragen in einer morgen abzuholdenden Vollziehung in Anwesenheit der ukrainischen Vertreter weiter zu besprechen.

Herr Trotski erbat sich Trotski das Wort zu einer Erklärung, in der er ausrief, er habe aus der Rede erfahren, daß Staatssekretär Czernin einen Brief geschickt habe, worin er mitgeteilt habe, er würde die „Ausgebung eines Vertrages des ukrainischen Reichs“ in den Friedensverhandlungen anregen. Er bitte um Auskunft, ob diese Frage bei einer der nächsten Sitzungen angesprochen werden würde. Staatssekretär von Czernin antwortete auf seine wiederholten Erklärungen, daß diese Frage, welche mit der Frage der Anerkennung der Staatspersönlichkeit der ukrainischen Gebiete durch die russische Delegation im Zusammenhang stehe, Czernin nach der Sitzung ausdauern, daß es möglich sein werde, die Frage in der nächsten Zeit auf die Tagesordnung zu setzen.

Der Minister des Äußeren Graf Czernin fügte hinzu, daß auch er seinerseits die Einführung von politischen Vertretern unter bestimmten Voraussetzungen aufs wärmste begrüßen würde. Hierauf wurde die Sitzung geschlossen.

Ein neuer Vorschlag gegen Lenin.

Osag, 1. Febr. „Daily News“ berichtet aus Petersburg: Es wurde wiederum ein Attentat gegen Lenin vorbereitet. Ein junger Mann in Studentenkleidung drang in das Emolin-Institut ein und bewachte einen Revolver auf Lenin ab, ohne ihn zu treffen. Der Täter wurde verhaftet.

Krieg von den Maximalisten erobert?
Berlin, 2. Febr. Nach einer Meldung des „Völkisch“, die aus Danzabach nach Kopenhagen telegraphisch wird, hätten, dem „Berl. Tagb.“ zufolge, die maximalistischen Truppen Kiew erobert.

Aus Finnland.
Kopenhagen, 31. Jan. (SWP. Ankündigung.) „Berlingske Tidende“ meldet aus Stockholm: Das schwedische Kanonenboot „Svenska“ und zwei schwedische Landkranen haben am 1. Februar nach Finnland ab, um die schwedischen Untertanen dort abzuholen.

Rumänen und Russen.

Sofia, 31. Jan. (SWP. Ankündigung.) Nach Privatmeldungen der Zeitung „Borzi Jazvici“ aus Bahabad sind die rumänischen Truppen nach mehreren Gefechten in R. n. t. eingezogen. Die Kämpfe dauern an der ganzen Front fort.

Eine Rede Wilsons.

Washington, 1. Febr. (SWP.) Neukommunikation. In einer Rede besprach Wilson die Gründe, die die Vereinigten Staaten zu dem Krieg einzutreten. Er sagte, Deutschland habe nicht allein die Ursache der Gerechtigkeit groblich verletzt, sondern auch die lang bestehenden Verpflichtungen des Völkerrechts und der Verträge. „Die Regierenden in Deutschland“, führte er aus, „haben ihre Macht in solcher Weise ausüben, daß unsere wirtschaftliche Leben abgeschnitten wurde, soweit unser Versteht mit Europa in Betracht kommt, insofern sie ihre Wirtschaft verwickelten könnten, die jeden Fortschritt unseres nationalen Lebens dauernd vermindern und verhindern und das Geschick Amerikas der Gnade der kaiserlichen Regierung überlassen würde. Bei Besprechung der Ernte 1917 sagte Wilson, es sei dringend notwendig, das Erreichte nicht nur zu wiederholen, sondern zu steigern. Die Regierung würde in jeder möglichen Weise helfen. Er glaube, daß hie Arbeit, die Intelligenz und die Sympathie der amerikanischen Landwirte den Krieg zu einem ruhmreichen Ende bringen werden.

Nachschlagewerk über die bulgarischen Kriegsziele.

Sofia, 30. Jan. (SWP.) Meldung der bulgarischen Tagesblätter: Der bulgarische Exekutivkomitee hat Ministerpräsident Radoslawow die bereits angekündigten Absichten über die Kriegsziele Bulgariens und dessen Teilnahme an den Friedensverhandlungen mit Russland. Der Ministerpräsident wird

...and the other side of the street.

3733117

